

# Arbeiterkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Arbeiterkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: drei Monate monatlich 2,00 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlags- und Druck-Verantwortung: Otto Kiliian, Halle, Reichendammstr. 14.

Herausgeber: Otto Kiliian

Verlagspreis: 13 Goldmarken; 1. Müllerer Straße u. Spätere; 70 Goldmarken; 1. Kellern im Zapfen. Manuskripte zu richten nach Halle, Reichendammstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Zeitg.-Verl. „Arbeiterkampf“ Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Verlagskonto: Leipzig 10938 6710 Ritz Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, den 18. August 1925

5. Jahrgang \* Nr. 178

## Neue Stilllegungen und Entlassungen

Folgen der Zollraubgeetze

Berlin, 18. August.

Eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes wird gemeldet aus Berlin, dem Rheinland, aus Breslau und aus fast allen anderen Teilen des Reiches. Diese Verschlechterung ist direkt zurückzuführen auf die Zunahme der Exportschwierigkeiten, durch die Annahme der Schutzzölle. Daneben besteht die Möglichkeit der Entzweiung, durch Auslagerung, Betriebsstilllegungen, kurz durch Arbeitslosigkeit den Widerstand der Arbeiter zu brechen, um Arbeitszeiterlängerung und Kostentüchtigkeit durchzuführen zu können.

(Eig. Meldung). Essen, 17. August.

Der Bericht des Landesarbeitsamts für die Rheinprovinz teilt letzte Woche mit: „Die Depression auf dem Arbeitsmarkt breitet sich langsam weiter aus. Der Beschluß der Kohlabstammungsgesellschaft, die Stilllegung um mehr als ein Drittel einzufrieren, wird sich in der nächsten Zeit auf dem Arbeitsmarkt härter auswirken. Während vorher das Streben zahlreicher Werke, um jeden Preis beschäftigt zu sein, zum Teil unhaltbare Zustände geschaffen und den Arbeitsmarkt günstiger gehalten hatte, als es den Arbeitsverhältnissen entsprach, wird die Kontingierung durch die Verbände die Einengung des Arbeitsmarktes bringen, mit der man seit langem rechnen mußte. Von dem schwerindustriellen Gebiet hat die Abschwendung zunächst auf die weiterverarbeitende Industrie des Düsseldorf-Berliner Bezirkes übergegriffen.“

Weiter wird von Arbeitslosigkeit in der Holz- und Papierindustrie berichtet. Der Arbeitsmarkt für Angestellte ist ebenfalls sehr schlecht: „Die Aussichten für die erwerbslos gewordenen Angestellten Arbeitsstellen zu finden sind besonders gering. Allen Ansätzen nach wird der Abbau bei in der Inflationszeit stark vermehrten Angestellten noch weiter gehen.“ Dabei ist die Gehaltslage für die Ausbeuter in den letzten Wochen nicht kritischer geworden. Die Rheinische Westfälische Zeitung meldet 3. 8., daß die Saarholznachnehmer im südlichen Rheinland und Westfalen bereits in härteren Maße und teilweise für längere Zeit der Ruhrkohle zugewandt haben. Trotzdem werden immer noch Zeichen Stilllegung. In einzelnen wird darüber gemeldet:

Auf Zechen „Schwermere“ in Castrop wurden über 5000 Arbeiter und Beamte entlassen; gleichzeitig wurde der Betrieb auf Schacht III eingestellt. Mit weiteren Entlassungen ist zu rechnen, auf allen Schachtanlagen werden Feierlichkeiten eingelegt.

Auf den dem Köhler-Konzern gehörigen Schachtanlagen Bitterfeld 12 und 34, ebenso wie auf Zechen 12 und 15, August je 49 Mann gekündigt worden. Der Schacht Bitter 1/2 soll stillgelegt werden; Feierlichkeiten werden eingelegt.

Die Beschäftigten der zur Gesellschaft Deutsch-Sachsenburg gehörigen Zechen „Kaiser Friedrich“ (Barp) wurde am 15. August gekündigt, wodurch 1300 Arbeiter und 70 Beamte aufs Wasser gesetzt sind. 80 Beamten der Schachtanlage „Gildau“, Tiefbau, ist zum 1. September gekündigt, die Kündigung der etwa 1350 Arbeiter steht unmittelbar bevor.

Die Bergwerksgesellschaft „Alte Haase“ (Sprochhövel) legt ihren Betrieb zum 15. September still.

Auf der Zechen „Wilhelm“ bei Wanne (Bodum) wurden bisher 320 Arbeiter am 15. August entlassen. Die Kohlerei mit 120 Oefen liegt still. Zum 1. Oktober wurden 42 weitere Beamte gekündigt.

Auf Zechen „Lies“ bei Bochum wurde am 16. August 22 Beamten gekündigt, auf Zechen „Fröhliche Morgenröte“ 150 Bergleuten.

Zum 1. September soll Zechen „General“ bei Bochum ganz stillgelegt werden.

Im Juli hatten die Beschäftigten der Zechen „Prinzregent“, „Julius Philipp“, „Friedrich“ und „Karl Friedrich Uffhollen“ zwei Feierlichkeiten, jetzt wird eine dritte Feierlichkeit eingelegt. Weitere Betriebsbeschränkungen sind angekündigt.

\*

Die Stilllegungen und Entlassungen dehnen sich vom Ruhrgebiet in steigendem Maße auf alle Teile Deutschlands aus. Während die Betriebsbeschränkungen im Ruhrgebiet bisher nur allen Ausweisungen des deutsch-französischen Industrieparkes waren, der in Deutschland nur die rentablen Betriebe erhalten werden, und mit weniger Arbeitskräften bei angespannter Arbeit und niedrigeren Löhnen den deutschen und französischen Unternehmern ungeheure Gewinne sichern soll, so werden die loebten im Reichstag unter Dach gebrachte Zollschußgesetze sich neben Preissteigerung und Parlamentsauslösung (Neue getragene Nummer des „Arbeiterkampf“) auch dahin aus, daß immer mehr Arbeiter brotlos werden. Die Zölle schränken noch mehr als bisher den Inlandsmarkt ein, da die breiten Massen der Bevölkerung sich die teuren Waren nicht kaufen können. Die Zölle beeinträchtigen vor allem

aber auch in zunehmendem Maße den Export der durch die Zollgrenzen teurer werdenden Waren. Damit beeinträchtigen sie die für eine gesunde Wirtschaft notwendige Weltwirtschaft der deutschen Handelsblüte.

Der ADGB hat in seiner Antwort auf die parlamentarische Denkschrift der Ruhrindustriellen erklärt, daß er die Arbeiter zum Kampf gegen alle die schlimmen Auswirkungen der im Parlament nicht zu Fall gebrachten Zollgeetze aufrufen würde. Was hätte der ADGB, jetzt also in bezug auf die Entlassungen zu tun? Der ADGB müßte die Arbeiter mobilisieren. So wie die Arbeiter in Berlin es begannen haben, als Herr Edmund Stinnes ihnen fast Löhne die ihm gar nicht mehr gehörenden Aktienpakete anbot, so müßte die gesamte deutsche Arbeiterkraft auf den Kampf um die Kontrolle der Produktion eingestellt werden. Die Betriebsräte vor allem müßten, anstatt fast auf ein totes Gleis gehoben zu sein, für diesen großen Kampf vom ADGB mobilisiert werden.

Aber der ADGB hinterläßt, ausgespart in dieser Zeit der immer schlechteren Auswirkungen des Damascus-Paktes und neuerdings der Zollgeetze, die zu diesem Kampfe notwendige Einheit der Gewerkschaftsbewegung wie zuvor.

Im „Vorwärts“ erscheint eine Bekanntmachung des ADGB-Vorstandes, worin gegen die gewerkschaftliche Opposition gegen die SPD geht. Es heißt da: „Die SPD vertritt, besonders Betriebsdelegationen für den Breslauer Kongress aufstellen zu lassen“, daß sie aber „Verantwortungslosigkeit“, denn der Gewerkschaftslehre ist „keine agitatorische Schaukellung nach der Art der kommunistischen Parteiverantwortungen“. Der Kongress, das heißt die ADGB-Häupter, könnten sich auf Verhandlungen mit Betriebsdelegationen gar nicht einlassen. Die Entsendung von Betriebsdelegationen wäre deshalb eine ganz unrichtige Art und Weise, „vor der zu warnen, wir uns verpflichtet fühlen“.

Für jeden Arbeiter, der nicht von der SPD-Bürokratie völlig verachtet und vernachlässigt ist, liegt auf der Hand, daß die Betriebsarbeiter gerade auf dem ausgefahrenen Gewerkschaftslehre mit aller Macht verfahren müssen, daß ihre lo bringenden Räte beschritten werden und es zu praktischen Kampfmaßnahmen kommt. Der Breslauer Gewerkschaftslehre ist eine entscheidende Tagung für die gesamte Arbeiterklasse. Darum müssen alle diejenigen, vor denen das Gespenst der langen Arbeitslosigkeit heute wieder greifbar steht, dort gehört werden!

## Der Bauarbeiterkampf im ganzen Reich weitergeführt

(Eig. Drahtim.) Berlin, 18. August.

Die Berliner Bauunternehmer sind bereit, die für die Bauarbeiter noch größere Beschäftigungen bringt als der letzte Schiedspruch. Wie man durch die Presse erfährt, beschäftigen die Ausbeuter, die Verbindlichkeitsklärung zu beantragen. Die Verammlung der Zimmerer, die Zwischenorganisation der Bauarbeiter und die Generalverammlung des Baugewerksbundes, Abteilung Groß-Berlin, haben sämtlich ohne Debatte den unerbittlichen Schiedspruch abgelehnt. Die beiden Reichsverbände der Wohnungslösung laufen auch aus dem Reich ein. Der in Köln gefällte dritte Schiedspruch sah eine Erhöhung von 5 Pfennige nur für die Fragarbeiter vor. Der Baugewerksbund Kalle hat abgelehnt. Die Ausperrung ist hier für den 20. August angekündigt.

## Auch die holländischen Bauarbeiter kämpfen geschlossen weiter

In Halle fanden gestern kurz besetzte Versammlungen der ausgesperrten Bauarbeiter (Verband der angeschlossenen Bauarbeiter) und Zimmerer statt, die zu dem holländischen Schiedspruch Stellung nahmen. Ein mit 141 wurde vieler Spruch abgelehnt. In Halle fand der gelehrten 120. Tag für Tiefbau- und Hilfsarbeiter überhaupt keine Erhöhung und für den Zimmererpreislohn ganze 3 Pfennige (1,01 M.) vorlieb.

Die Bauarbeiter befanden sich mit dem Liebes-Brüder, zur Sonne, zur Freiheit! am Schluß ihrer Versammlung, daß sie wissen, was sie der Arbeiterklasse schuldig sind, und daß sie auch helfen werden bis zum Siege — trotz allem.

Der Baugewerksbund hatte gestern eine Bezirks-Delegiertenversammlung in Cöthen, die einmütig beschloß, wie im übrigen Reich, den Kampf weiterzuführen.

In Bitterfeld ist ebenfalls die Weiterführung des Kampfes bis zur Erfüllung der geforderten Forderungen beschlossen worden. Hier hat außer den Zimmerern und angeschlossenen Bauarbeitern auch der Baugewerksbund mit 203 gegen 7 Stimmen) den holländischen Schiedspruch abgelehnt.

## „Am Grabe der Weimarer Koalition“

Halle, den 18. August.

Unter diesem Titel schreibt die „Leipziger Volkszeitung“ einen wechsellagigen Artikel, der das glatte Eingeknis des Kampftotes der sozialdemokratischen Politik bringt. Die „L. V.“ nennt die bisherige Koalitionspolitik „eine Tragödie, für die die deutsche Sozialdemokratie recht hohe Eintrittspreise zu zahlen hatte“. Jetzt habe die politische Entwicklung Deutschlands diese Tragödie in ihre historischen Bestandteile aufgelöst. „Selbst den gemäßigtesten Politikern unserer Partei ist deutlich geworden, daß jene Ideologie, die man als Reichsbannerideologie zu bezeichnen gewöhnt ist, jegliche Spuren in der realen Politik der Sozialdemokratie verloren hat.“ Die „L. V.“ spricht vom Bankrott der Weimarer Koalition nicht nur in bezug auf das Zentrum, das sich ja bekanntlich in der schlimmsten Weise mit den schwarzweißen Zöllräubern koalitiert hat, sondern auch in bezug auf die Demokraten, von denen sie sagt: „Ihre Opposition ist eine Scheinopposition, die ihr wahres Gesicht in ihrer „Schlachtheit“ zeigt, die sich darin ausdrückt, daß man es den Sozialparteien „schuldig“ ermöglicht, ihre Klänge zu vernünftlichen.“ Es ist bemerkenswert, daß die Redaktion in der „Leipziger Volkszeitung“ jetzt sogar den vielmehreren Wirt fallen lassen, obgleich es ja gerade dieses sogenannte links SPD-Markt geworden ist, das diejenige jenseitigen Zentrumsmann Wirtz zugehört hat, als er dem Sinne nach erklärte: „Sie als führende Arbeiter und ich als der Zentrumsmann Joseph Wirtz, wir sind beide als Rote verurteilt.“ Schade nicht, Hauptsache, daß die Erde kalt ist.

Jetzt stellen auf einmal die betrieblen Logenherber aus der „Leipziger Volkszeitung“ das ist, was wir von Anfang an immer wieder gesagt haben, daß nämlich die Farbe der Wirtz und Konjosten nicht nur nicht rot, sondern nicht einmal schwarzrotgold ist, vielmehr unter der Oberfläche bei Leuten dieses Schlages eine ganz solide schwarzweitere Farbe zum Vorschein kommt.

Wir können uns nicht denken, daß sozialdemokratische Arbeiter, die von der „Leipziger Volkszeitung“ so gut wie von dem weit rechts stehenden holländischen „Volksblatt“ immer wieder mit der Weimarer Koalition, mit dem Reichsbannergebunden verurteilt werden sind, jetzt gegenüber dem Sündenbekenntnis der „L. V.“ Reklamation auf nur einen Funken von Achtung haben können. Denn selbst der einseitige und am primitivsten denkende Arbeiter legt sich beim im Wasser liegt.

Jetzt, nachdem der Zollraub perfekt geworden ist, nachdem der Aufwertungsindex große Massen armer Rentner und Spärer ihrem Schicksal überlassen, nachdem die Steuererhöhung mit einer nie dagewesenen Schamlosigkeit den Steuerdruck für die Beschäftigten und die Steuerentlastung für die Besitzenden gebracht hat, jetzt nach diesen sechs Jahren Weimarer Koalitionspolitik nachträglich den Bankrott, den wir Kommunisten nie aufgehört haben vorauszusagen, festzustellen, das ist wahrhaftig kein Ruhmesblatt für die „Klassenkämpfer“ der „Leipziger Volkszeitung“. Jeder sozialdemokratische Arbeiter wird mit Recht sagen: Ja, wenn die Dinge so liegen, wenn die Weimarer Koalition solche herrlichen Folgen hat, dann ist es kein Wunder, warum habt ihr denn dieses nutzlos und gefährliche Ding immer wieder in den Zentralpunkt der gesamten sozialdemokratischen Politik gestellt?

Haben denn nicht die Leute aus der „L. V.“, wenn sie vielleicht aus hier und da einmal die Weimarer Koalition rein äußerlich kritisiert, in Wirklichkeit alles getan, um dieser Weimarer Koalition die Massen aus der radikal gestimmten sozialdemokratischen Arbeiter auszutreiben? War nicht das höchste, was sich diese „L. V.“ Redakteure erlauben wollten, die Theorie vom Reichsbanner Uebel, die die Unterstützung der Weimarer Koalition und des Reichsbanners notwendig gemacht habe? Mit welchem Recht also die „L. V.“ ihren Artikel mit der Überschrift verfaßt: „Am Grabe der Weimarer Koalition“, mit genau demselben Recht kann sie sich die Überschrift wählen: „Am Grabe unserer Politik.“

Denn worin besteht das Wesen der Politik? Es besteht vor allem darin, daß man zunächst grandios weiß, was man will. Wenn es eine Zeitung gibt, die nie recht weiß, was sie eigentlich wollte, dann ist es die „Leipziger Volkszeitung“ gewesen. Sie hat, in erster Linie, um die zum Klassenkampf strebenden sozialdemokratischen Arbeiter zu beunruhigen, immer wieder einige Wägen geschoben, die den Klassenkampf vorantreiben sollten, grandios! aber hat sie in jeder Beziehung die offizielle sozialdemokratische Politik, dessen Kern eben die Weimarer Koalitionspolitik ist, mitgemacht.

Das Wesen der Politik besteht weiter darin, daß man es versteht, die richtigen Gegenmaßnahmen gegen eine drohende Gefahr zu treffen. Was haben die „L. V.“ Sozialdemokraten in dieser Beziehung getan? Haben sie es auch nur ein einziges Mal gemacht, ganz offen die sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Koalitionspolitik, gegen die Reichsbannerideologie aufzuklären? Haben sie jemals offen ausgesprochen, daß die Weimarer Koalitionspolitik naturgemäß zum Sieg der Schwarz-Weiß-Roten führen würde, wie wir Kommunisten es stets ganz einmütig ausgeführt haben? Nein, sie haben es nicht getan. Sie haben vielmehr jetzt als die betrogenen Betrüger da und machen sich nur lächerlich durch ihre Fingern auf dem Grabe der Weimarer Koalition.

Die Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“ sind bekanntlich sehr bescheiden, wenn man sie nicht als Wurzeln gefällig sieht. Aber





# Neues aus aller Welt

## Spanische Herte in Deutschland

Berlin, 14. August. Die auf der Fahrt durch Deutschland begrißene Kette der spanischen Herte unternahm heute vormittag eine Rundfahrt durch Berlin und besichtigte hierbei eine Anzahl medizinischer Institute. Im Rathaus bereicherte die Stadt den spanischen Gästen einen Empfang. Hierbei hielt Bürgermeister Schick eine herzlich begrüßende Ansprache, in der er darauf hinwies, daß die Freundschaft zwischen beiden Ländern im Weltkrieg nicht nur unerschütterlich geblieben sei, sondern sich noch vertieft habe. Zum Schluß bat er die spanischen Gäste, ihren Berufsstand und ihren Vorkenntnissen nach ihren Wünschen den Besuch der Stadt Berlin zu überbringen und zu arbeiten. Im Anschluß hieran wurde in der Empfangshalle des Rathauses ein Frühstück gegeben, in dessen Verlauf Professor Kollisch (Barcelona), der Leiter der Kette, für die freundliche Aufnahme in Deutschland herzlich dankte und auf die Zukunft Deutschlands und die deutsch-spanische Freundschaft traf. Heute Abend wird in Rangenhof-Straße-Krankenhaus eine Festkommunion abgehalten.

## Berjammungen der SPD.

Unterstützt von der SPD

**Berlin:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Brandenburg:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Magdeburg:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Leipzig:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Chemnitz:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Dresden:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Stettin:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Posen:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Westpreußen:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Ostpreußen:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Litauen:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Polen:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Ungarn:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Österreich:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Italien:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Frankreich:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Belgien:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Niederlande:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Dänemark:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Schweden:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Norwegen:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Finnland:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Schweden:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Norwegen:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Finnland:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

## Der katastrophale Gesundheitszustand breiter Volksschichten, vor allem aber die seit dem Kriege dramatisch gewachsenen Hungerkrankheiten unter den Kindern der Arbeiterviertel und des proletarischen Mittelstandes, wird selbst den spanischen Verzejtern „Spanisch“ vorzuzammen.

### Eisenbahnunglück in Oesterreich

(U.) Wien, 15. August. Der D-Zug Wien-Belgrad stieß gestern nachmittags bei der Station G. Lengenau auf einen Güterzug, wobei mehrere Eisenbahnwagen zertrümmert wurden. Fünfzehn Personen haben Verletzungen davongetragen.

### Opfer der „Rettings“-aktion Hindenburgs

Nach einer Meldung aus Berlin kamen dort am letzten Sonntag 16 Selbstmorde vor. Die „Rettings“-aktion beginnt sich bereits auszuweiten. Man kann vielfach erwarten sein, wie lange sich „das Volk der Dichter und Denker“ diese Retterei gefallen lassen wird.

### Wertvolle Stimmes-Zeitungen zu verkaufen

Die in der letzten Zeit aufgetauchten Gerichte, daß der Preussische Staat für die Preußenunternehmungen des Stimmes-Konzerns interessiert ist, weiß eine Berliner Korrespondenz mitzuteilen, daß

die preussische Staatsregierung keineswegs geneigt sei, Zeitungen, wie etwa die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu erwerben. In Preußen der preussischen Staatsregierung glaubt man, daß die Organisation des amtlichen Pressebetriebes in genügender Weise vertreten sei. Tatsache bleibt jedenfalls, daß auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zum Verkauf steht. Nur sind bisher zu geringe Kaufsummen geboten worden, unter anderem von einem großen reichsdeutschen Berliner Verlag.

### Waffenfang von Walfischen

Bei Thorshavn wurde ein Schwarm von 300 Grindwalfischen bemerkt. Es gelang, den Schwarm in eineucht von Westmann zu treiben, wo ihnen der Nidzug durch Netze abgeperrt wurde. Die Fische wurden getötet.

### Zwölf Tote und achtzig Verwundete das Opfer einer Eisenbahnkatastrophe

Paris, 13. August. Bei der Entgleisung des Schnellzuges Paris-Boulogne am Bahnhof von Amiens sind nach weiterer Feststellung zwölf Tote und achtzig Verwundete geföhrt, von denen mehrere schwerer verletzt sind.

## Konsum-Berein Hohennöllsen-Leutzern

Unterstützt von der SPD und deren Familie haben wir hiermit werten in **Hohennöllsen** stattfindenden

### Genossenschaftl. Volksfest u. Warenausstellung

berichtet ein

#### Festprogramm:

Sonntag, den 22. August 1925, abends 7 1/2 Uhr:

## Championzug

ab Grundstüdt des Konsumvereins nach dem Sportplatz (Stadion) einschließlich turrischer Vorführungen des Arbeiter-Tanzorchesters und Jüngermusik. Letzteren zum Umzug erhalten die angebotenen Kinder gratis

Sonntag, den 23. August 1925, nachmittags 1 Uhr:

## Großer Festzug

gemeinlich mit den Gewerkschaften, den Arbeiter-Gesangsvereinen und Sportvereinen, den Mitgliedern und Familienangehörigen des Konsumvereins durch die Straßen der Stadt nach dem Sportplatz

Nach dem Sportplatz: Aufführung der Arbeiter-Gesangsvereine Hohennöllsen. Unprache gehalten von Emil Hartmann, Weimar. Vorführungen des Arbeiter-Tanzorchesters. Spiele und sonstige Belustigungen für die Kinder. Konzert ausgeführt von der Döllschlager Kapelle.

Donnerstag, den 27. August, im „Reichshaus“, in Hohennöllsen

## Lichtbildervortrag

über:

### Die Bedeutung und Entwicklung der Konsumgenossenschaften

Zusätzlich: **Tanzvergnügen** im Saal, sowie im Garten auf der **Landschaft**

Im Saal des **Gasthof „Zum Löwen“**, Hohennöllsen ist eine **Warenausstellung** mit sämtlicher Exemplare der eigenen Fabrikate der Großhandelsausstellung (samt direkter Konsumvertrieb, Hamburg untergebracht)

Belustigung von 10 Uhr nachmittags bis 6 Uhr nachmittags

**Mitglieder:** Gort dafür, daß das Genossenschaftsmitglied eine maßvolle Konzeption für die Konsumgenossenschaftsbewegung wird

1924

Der Vorstand

## WALHALLA

Direction: Adoli Vogel Telefon 8385

### Nur bis 31. Aug. Gastspiel

## Sylvester Schäffel

Der weltberühmte Künstler

Aufführen: **Altk Krüger** von der Staatsoper in Berlin

Außerdem:

### Zum 1. Male in Halle

Zwei Dormondes  
Margarete Kowe  
Chas. Gibbs  
Kitty Traueys  
Familie Krems  
Zwei Orbits

Die Komiker auf dem Eiland  
Die hervorragende Banditinnen-Aktuelle  
Die amerikanische Komiker-Parodie  
Originalne  
Die berühmtesten ihrer Art  
In ihrer Szene: Am Rand der Welt

Am 7., 11. und 14. August  
Sonntag ab 11 Uhr an der Stelle ununterbrochen

Gewöhnlich: Preise:  
Sonntag ab 11 Uhr an der Stelle ununterbrochen

## Berjammungen des „Koten Frontkämpfer-Bund“

Unterstützt von der SPD

**Berlin:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Brandenburg:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Magdeburg:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Leipzig:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Chemnitz:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Dresden:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Stettin:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Posen:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Westpreußen:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Ostpreußen:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Litauen:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Polen:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Ungarn:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Österreich:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Italien:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Frankreich:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Belgien:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Niederlande:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Dänemark:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Schweden:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Norwegen:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

**Finnland:** Mitgliederberjammung Sonntag, 10. August 8 Uhr, im „Ehrenhof“.

## Bekanntmachung

Die Verzeigerung der Fänder mit dem Blauschwarz von 87.261 bis 40.224 (Kilogramm in rundem Maß) wird am **8. September 1925** um 9 Uhr nachmittags, im Versteigerungsamt der Reichsregierung, stattfinden. Versteigert werden Leinwandstoffe aller Art, sonstige Gewebe- und Silberrzeugnisse, ferner Bettdecken, Decken, Bettwäsche, neue und gebrauchte Kleiderstoffe und verschiedene andere Sachen.

Halle a. d. S., den 10. August 1925. 2453

## Leere Riffen

in allen Größen sollen meistbietend und gegen Barzahlung verkauft werden. Einzahlung in den Versteigerungsamt von 8 bis 12 Uhr nachmittags.

Halle, den 17. August 1925. 2519

## Städtisches Elektrizitätswerk Halle, Holzplatz

## Bekanntmachung

betreffend den Fortfall der monatlichen Gewerbe-Kapitalsteuer

Gemäß § 59 der Verordnung über die vorläufige Neuregelung der Gewerbesteuer vom 26. November 1923 und im Hinblick auf den Bundesgesetz vom 22. März 1924, betreffend die Abänderung des Einkommensteuergesetzes, des Einkommensteuergesetzes und des Einkommensteuergesetzes, wird hiermit erneuert, daß die Gewerbe-Kapitalsteuer fortan gleichmäßig mit der Einkommensteuer veranlagt ist. Die Steuer für September beträgt bis zum 22. d. M., und für die übrigen Monate bis zum 17. des zweiten Monats im Kalenderjahr die Hälfte der Einkommensteuer.

Halle, den 17. August 1925. 2521

Der Magistrat

## Widder-Brikett m. b. v.

Verkaufsstelle Metzberg, Neumarkt 67

## Zeitungsträger

für Köhler a. Herz gesucht. Meldungen bei Köhler a. Herz, Galleische Straße 22.

## Familien-Nachrichten

Sonntag früh nach plötzlicher und unerwarteter Anomalie einer Lungenentzündung unter Ruhelage

## Otto Schröder

im Alter von 26 Jahren

Er war ein langjähriger und ehrlicher Arbeiter unserer Volksgemeinschaft. Wir werden seiner nie vergessen.

Sie bitten um zahlreiche Beteiligung der Arbeiter unserer Volksgemeinschaft.

## Selbstbestimmtes Bandenmitglied

Die Einsegnung findet Mittwoch, den 19. August 1/2 Uhr von dem letzten Kapitel des Gewerkschaftsbundes aus statt. 2513

## Astoria, Weissenfels

Dienstag bis Donnerstag: Einer der schönsten Filme dieses Jahres!

## Der kleine Herzog

(Um Thron und Liebe) Ein modernes 2. und 3. Teil und 4. Teil. Am Ende einer langen Kette in 6 Akten. Gelehrte Kritiken und Hunderte Gelehrte sind das Zeugnis einer genialen Schöpfung. Die wunderbare Leistung von Dorn wird bewiesen. Ein ganzes Familienleben.

Ferner: **Kathy als Köstlerin**

Am 12. August 1/2 Uhr

Außerdem: **Unsere Wochenschau**

## Bekanntmachung

Minderung der Beiträge in der Unfallversicherung

Durch Reichsgesetz vom 28. Juli 1925 sind vom 28. September 1925 an die Beiträge in den bisherigen Unfallversicherungen, die sich auf die Unfallversicherung des Reichs beziehen, um 10 Prozent herabgesetzt worden.

Am 28. September 1925 müssen nach dem Bruttoeinkommen, das auch der durch Verletzte und Verletzte Lohn zugerechnet ist, verhöfnet werden:

In Lohnklasse	Mit einem Wochenlohn von Reichsmark	Personen mit einem Arbeitsverdienst nicht mehr als bis Reichsmark
1	25	6
2	50	12
3	75	18
4	100	24
5	120	24
6	140	30

Erhalten die Beschäftigten außer dem Verloren und Sachbehalte, so muß der Wert hierfür dem Gehalt zugerechnet werden. Gehalt und Wert der Sachbehalte zusammen ergeben den Betrag, nach dem die Beiträge zu entrichten sind.

Der Wert der freien Rente und Wohnung beträgt gegenwärtig:

a) für Lehrlinge, weibliche Dienstboten monatlich 25 Mark

b) für Stützen, Gewerbetreibende, männliche Dienstboten monatlich 40 Mark

Hiervon müssen für weibliche Dienstboten, welche monatlich mehr als 25 Mark Gehalt erhalten, Warten der Lohnklasse 3 - wöchentlich 70 Pfg. - verwendet werden.

Gehalt und Mietereinerlöse müssen ihrem Einkommen entsprechend Beitragsmarken abgezogen, mindestens aber solche der Lohnklasse 2 für Beschäftigte, die in Lohnklasse 1 zu verzeichnen sind, sowie für Lehrlinge, die der Lohnklasse 2 die vollen Beiträge (wöchentlich 25 Pfg.) allein tragen.

Vom 1. Oktober 1925 müssen auch für Beschäftigten, die am 28. September 1925 die Beiträge nach obigen Bestimmungen entrichtet werden Metzberg, den 5. August 1925

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Galle-Köhlitz  
J. H. Köhler 2520

## Frauen zum Kohlen-abladen

heißt noch ein 1505

## Widder-Brikett m. b. v.

Verkaufsstelle Metzberg, Neumarkt 67

## Zeitungsträger

für Köhler a. Herz gesucht. Meldungen bei Köhler a. Herz, Galleische Straße 22.

## Zeitungsträger

für **Größen-Kunthal** gesucht. Meldungen bei **Georg Vogt, Kunthal**

## Bung! Hundebesitzer!

Durch Beschluß der Stadterordneten Verammlung ist die Beschaffung von Hundehalsbändern, vorausgesetzt der Zustimmung des Magistrats 1302

Behalte darum jeder seinen Hund

**A. Dietrich,**  
Lehnungsweg in Köhler u. Schup-  
Hunde-Berein zu jeitz

# Der Konsumverein dient nur dem Verbraucherinteresse



# Die Arbeiter-Betrieblieben

## Wie wird eine Betriebszelle geschaffen? Aus den Materialien der Org-Abteilung des C.A.R.

(Schluß)

Der örtlichen Parteileitung meldete ich die Errichtung der Betriebszelle des ... Werkes. Die zweite Versammlung hielt wir gleich nach Schluß der Arbeit in einem nahen Lokal ab. Zu dieser Versammlung war uns von der Parteileitung ein Referent zugewiesen worden, der ein politisches Referat hielt. Wir brachten das Referat dann in Verbindung mit unserem Bericht und hatten dabei gleich die Zustimmung für uns. Wir konnten am nächsten Tage eine viel bessere mündliche Propaganda treiben als vorher, da wir nun imstande waren, die kleineren Mängel, die die Arbeiter nicht kennen mit den politischen Gesichtspunkten zu verbinden. Ich muß feststellen, daß seit Bestehen der Betriebszelle die Genossen viel bessere Parteiarbeit leisten als früher. Erst geht ihnen mit den festen Rahmen für unsere Propagandarbeit im Betrieb und die Gewähr und Sicherheit, daß unsere Flugblätter auch wirklich im Betrieb verteilt werden. Nachdem wir uns diesen Apparat geschaffen hatten und die Betriebszelle durch Erfüllung aller kommunikativen Aufgaben und nach Erweiterung haben, gingen wir an die Herstellung einer Betriebszeitung. Natürlich waren wir anfangs ziemlich ungeschicklich, doch nachdem uns ein Redakteur die ersten Anweisungen gegeben hatte, fanden wir uns bald hinein. Natürlich haben unsere Betriebszeitungen das besondere Wohlgefallen der Versammlung nicht gefunden, aber wir kommunizieren haben das erhebende Gefühl, daß jetzt an uns partizipale Arbeiter herantritt, nach neuen Betriebszeitungen fragen und uns selbst Material für die Zeitung liefern. Wir haben die Vertiefung der Arbeiter ausgenutzt und den Betrieb der Betriebszeitung mit einer Sammlung für die rote Hilfe und in der Wohlfahrt für den Wahlfonds verbunden. Der Erfolg war zufriedenstellend.

Meine Erfahrung über die Betriebszelle ist die: Einzelne Genossen erst nicht recht zu, sie waren noch zu sehr mit der jahrelangen Wohnortorganisation verbunden, die halb erloschen ist, daß die Betriebszelle viel mehr Erfolg für die Partei hat als die alte Organisation. Der Einfluß der Partei im Betrieb ist bedeutend gestiegen und der Zusammenhalt der Genossen untereinander gefestigt worden. Zum Schluß möchte ich allen Genossen zurufen:

**Schafft überall Betriebszellen, schafft in jedem Betrieb eine Betriebszellenleitung, in der Betriebszelle eure Erfolge zeigen, damit andere Genossen daraus lernen, dann wird der Einfluß der kommunistischen Partei steigen und die Partei wird ihre Aufgaben voll und ganz erfüllen können.**

Betriebszellenobmann bei ...

Unterschrift:

**Ein Genosse aus dem Baugewerbe schreibt über den Betriebszellenaufbau folgendes:**

„Als die Partei die Parole der Umstellung auf die Betriebszellen herausgab, machte ich mich sofort daran, einen Plan für den Aufbau der Zellen in unserem Gewerbe (Schneefräser) auszuarbeiten. Ich legte demselben dann einige Arbeitkollegen vor, ließ aber anfänglich bei ihnen auf ziemlichem Widerstand. Ich sah aber, daß dies nur deshalb so war, weil die Genossen wohl ein Mittelbrot in der Tasche hatten, dabei aber noch nie ernstlich darüber nachgedacht hatten, was sie eigentlich in unserer Partei seien und was unser Ziel ist. Ich hatte ich mich etwas Geduld haben und ging ich daran, eine erste Sitzung der Genossen von verschiedenen Punkten zusammenzurufen. Die war erfruchtend für den Anfang und beschloß, ich entwickelte meinen Plan. Verschiedene Genossen meldeten sich in der Diskussion und meinten, die Sache wäre ja ganz gut, aber im Baugewerbe sei sie durchführbar, da die Parteigenossen auf den verschiedenen Bauplätzen zu zerstreut seien, und auch der Wechsel von einer Arbeitsstelle zur anderen zu groß sei. Andere wieder meinten, man solle die Sache nicht komplizieren, wir hätten ja eine Gewerkschaftsorganisation. Das genüge vollkommen, wir brauchen doch keine besondere Betriebszellenorganisation. Ich versuchte nun, den Genossen meinen Standpunkt klarzumachen, indem ich sagte, daß wir ja wohl die Bauarbeiterparteigenossen unserer ganzen Gegend in einer Betriebszelle zusammenfassen können, da der Aufbau mehrerer Betriebszellen in unserem Gewerbe infolge des stetigen Arbeitswechsels sehr schwerlich. Wenn wir aber nur bei der bisherigen gewerkschaftlichen Fraktionsarbeit bleiben wollen, so sei das noch keine Betriebszellenorganisation. Die Genossen müssen sich eben vor allen Dingen darüber klar werden, daß wir die Partei nur auf der Grundlage der Betriebszellen aufbauen wollen, daß die Betriebszelle aber die fundamentale Bedeutung hat. Die Betriebszelle muß eben nicht nur wie die Fraktionen in der Gewerkschaft gewerkschaftliche Dinge besprechen und organisieren, sondern die gesamte Parteiarbeit muß durch die Betriebszelle geleistet werden. (Durchführung aller Parteifarctionen, Propaganda für Partei und Presse, Petitionstätigkeit).“

Wir gingen nun daran, einen Vorstand zu bestellen. Dabei haben wir darauf, daß die größten Arbeitsplätze berücksichtigt werden. Außerdem bestimmen wir für jeden Bau einen Vertrauensmann der Zelle. Als erste Arbeit der Zelle stand vor uns die Durchführung der Unterzeichnungsaktion für die Steuerinitiativen (es handelt sich um die Vorkortierung einer Volksabstimmung in der Schweiz gegen die hohen Steuern). Jedem Zellennitglied wurden drei bis vier Bogen ausgehändigt und die Arbeitsplätze zum Sammeln zugewiesen. Auch der Einzug der Parteibeiträge geschieht nun für alle Bauarbeiter durch die Zelle.

Das nächste Mal werde ich über unsere weitere Arbeit und Erfahrungen berichten.“

Ein roter Bauarbeiter.

**Anmerkung:** Das vorstehende Beispiel des Zellenaufbaues im Baugewerbe beschränkt sich auf einen kleineren Ort. In größeren Orten ist es notwendig, die Parteigenossen, die auf verschiedenen Baustellen eines Unternehmers beschäftigt sind, in einer Betriebszelle zusammenzufassen. Besonders im Baugewerbe ist es notwendig, Betriebszellenentstehungen herauszugeben, weil vielfach die jetzt herrschende Beschäftigung der Bauarbeiter eine laufende gründliche Beeinflussung erschwert.

### Nur ein Prolet

In der Biergöhrhandlung Scheibe, Halle, Karlstraße 4, ist eine Lebensbühne weggenommen. Ein jugendlicher Arbeiter, der dort spielen sollte, wird nun dem Chef, ohne daß irgendein Grund angegeben ist, aus der wachstüchtigen, er unermüdet bewiesenen Denunziation des Reklameleiters vorliegen, als der Dieb bezeichnet und auf-

gefordert, seine Papiere zu holen. Es handelt sich ja nur um einen Proleten und noch dazu einen Jugendliden!

In dem erwähnten Betrieb prangt auch an den Maschinen ein Schild: Unterhalten bei der Arbeit verboten! Oben ist das Rauchen verboten, obwohl bei der vorigen Arbeit und in den Pausen dem nichts im Wege fände.

Es besteht kein Betriebsobmann und die Belegschaft ist, wie leider heute noch so häufig geschildert, Würden die Arbeiter überall organisiert und geschlossen zusammenstehen, so würden die Zustände in den Betrieben auch wieder ein anderes Aussehen haben.

### Merkwürdiges Gebaren bei der Gottfried Lindner A.-G., Ammendorf

Am Mittwoch, dem 12. d. M., frag ich bei der Gottfried Lindner A.-G., Ammendorf, mit noch einer ganzen Anzahl Personen nach Arbeit. Von dem Besitzer wurden wir nach dem Speisesaal geführt, um das weitere zu hören. Nachdem wir eine Stunde gearbeitet hatten, kam ein Herr in Uniform, der uns nach unserem Begreifen fragte. Ich wurde mit noch fünf oder sechs Leuten als Arbeiter angenommen, und wir mußten uns zum Arbeitsnachweis in Ammendorf eine Karte holen, welche der Beamte, der uns angenommen hatte, ausfüllte und

**Betriebsarbeiter! Habt Ihr das Beispiel bei der Firma Kuhnheim, Berlin, in eurer Belegschaft besprochen?**

**Ein einziger Genosse hat es dort fertiggebracht, in sechs Monaten den F. H. 123 Kollegen wiederzufahren!**

**Wieviel Unangenehm gibt es noch in Deinem Betrieb, Genosse?**

**In welcher Zeit wirst Du diese in die gewerkschaftliche Kampflinie wieder eingereiht haben?**

in der Rubrik: „Ist der betreffende angenommen?“ mit „Ja“ antwortete. Es wurde uns gesagt, wir hätten am folgenden Tage, also am Donnerstag, früh 4 1/2 Uhr anzutreten. Hierzu mußten wir die Karte vom Ammendorfer Arbeitsnachweis vorher dorthin bringen. Ich war froh, nach längerer Zeit wieder Arbeit gefunden zu haben. Um 10 Uhr größer war mein Entsetzen, als ich am Donnerstag antreten wollte und mir keine der anderen Kollegen gezeigt wurde: „Sie können nicht anfangen, weil die Einstellung seitens der Direktion abgelehnt worden wäre, wir sollten nächste Woche wieder nachfragen.“ Da wir uns schon eine Wochenkarte der Ueberlandbahn gekauft hatten, war also unser schönes Geld zum Fenster hinausgeworfen.

Was sagt der Betriebsrat zu solchen Zuständen? Sind die Arbeiter gewerkschaftlich organisiert und haben sie ihren Verband zu Hilfe gerufen? Was hat er unternommen?

### Saline Dürrenberg

Die Belegschaft des hiesigen Kochsalzwerkes steht bereits vier Wochen im Streik (seit 20. Juli). Auf beiden Seiten besteht keine Nachgiebigkeit. Die Salzproulen sind gar nicht in der Lage, zu den alten Bedingungen zur Arbeit zurückzukehren, denn bei diesen Hungerlöhnen, angesichts der Lebensmittelpreise (beispielsweise ein Ei kostet hier 16 Pf.), der Steuererhöhung, der Zölle und erhöhter Mieten usw., würde ein Familienvater ein Verbrechen an seinen Kindern begehen, wenn er für 35 bis 40 Pf. Stundenlohn froren würde. Es ist ferner eine unumkehrliche Tatsache, daß in Dürrenberg (Kurtze) die Preise durchweg höher sind als in den größeren Städten, was natürlich bei solchen Hungerlöhnen erheblich ins Gewicht fällt, was durch das Stück Salinenfeld, welches die Arbeiter erhalten, durchaus nicht wettgemacht wird.

Durch Maschinenmangel vermag man die unterernährten Salzproulen und ihre Familien zu vermürben und ihre bisherige Gesundheit zu zerstören. Erst schickt man ihnen die Papiere ins Haus, dann nochmals Zettelchen nachstehenden Inhalts:

an den Salinenarbeiter

Herrn ...

Der Streik dauert nun schon recht lange. Da der Reichstag inzwischen die Salzsteuer erhöht hat, konnte die Kundstiftung natürlich nicht warten und hat sich anderweitig für möglichst lange Zeit mit Salz versorgt. Es ist daher nicht selbst, ob die Saline nach dem Streik noch arbeiten wird. Unter diesen Umständen behält sich das Werk ausdrücklich die Wiedererstreckung jedes einzelnen Arbeiters vor, der die Arbeit nicht bis zum Freitag, dem 14. August d. J., wieder aufgenommen hat.

Dürrenberg, den 12. August 1925.

Freudlich vergemert u. Süßen-Altenzweigsgesellschaft

Abteilung Salz- und Brauwarenwerke

Salzamt Dürrenberg.

Dann tritt man an besonders Panfelmütige mit allerhand Schreißchulden heran, um vielleicht einen nach dem andern in den Betrieb zu holen. Besonders bearbeitet man diejenigen, welche im Besitze einer Wohnsiedlung sind und so haben sich, obwohl der Wille zum Ausmarsch vorhanden ist, im Laufe der Zeit doch einige Elemente gefunden, welche der Verteilung willfährig sind, Mitglieder von Arbeitervereinen, Werkzeuge der Reichsparteien bei Wahlen.

1. Hermann Ernst, wohlhabender Grundbesitzer, Spitzenführer des „Arbungsobstes“ zur Gemeindevertretung, främmer Arbeiterverein und so haben sich, obwohl der Wille zum Ausmarsch vorhanden ist, im Laufe der Zeit doch einige Elemente gefunden, welche der Verteilung willfährig sind, Mitglieder von Arbeitervereinen, Werkzeuge der Reichsparteien bei Wahlen.
2. Max Wegig-Dobles, zirka 10 Morgen Acker Eigentum mit Haus und Hof;
3. Ernst Fritsch-Dobbu-;
4. Heinrich Wehner;
5. Hugo Jäger;
6. Franz Bergmann;
7. Franz Güttel, Grundbesitzer und Arbeitervereiner;
8. Friedr. Thiele, Knappschälsteiler, Hausbesitzer;
9. Johannes Rost;
10. August Hahn und einige Pensionäre, welche trotz allgemeiner Külligkeit zu Halle geschickt wurden, heute aber als Streikbrecher bezeichnet werden.

Als Antwort auf alle die Verusche, die Belegschaft nach ihrem durchwegs berechtigten Kohntamp abzugeben, wurden verschärfte Streikmaßnahmen beschlossen.

### Eisenbahner-Versammlung gegen das Berliner Blutbad und gegen Zollwucher

In einer am 14. August tagenden Betriebsversammlung des Eisenbahn-Betriebswagenwert-Perlonenbahnhofs Halle wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die am 14. August 1925 stattfindende Betriebsversammlung des Eisenbahn-Betriebswagenwert-Perlonenbahnhofs Halle protestiert auf das entschiedenste gegen den Reichstag beschlossenen Zollraub sowie gegen die unmensliche Tat der Berliner Sipo anlässlich einer Demonstration Berliner Arbeiter gegen den Zollraub.

Die Belegschaft fordert die Gewerkschaften auf, den härtesten Kampf gegen dieses Schandgeheiß aufzunehmen, da die Folgen aus diesem Geheiß für die schaffenden Kreise die völlige Verelendung bedeuten.

### Herr Weniger und die rote Front

Die ausgesperrten Bauarbeiter von Kössen und Umgegend hatten vom Bauarbeiter-Zweckverband Arbeit nachgeholt bekommen, sogenannte „Mitarbeitende“. Bis hierher nicht verweigert wurden. Die hiesigen Leute vom Zweckverband hatten dazu das Kriegerelement ausgerufen. Die ausgesperrten gingen mit frohem Mut an die Arbeit, und da sie zufällig rote Frontkämpfer waren, so begrüßte sie sich mit einem kräftigen „Rot Front“. Es waren alles Hote, schmeichele Würden, die in kurzer Zeit, auftragsgemäß, das Gras um das Denkmal gemäht hatten.

Obwohl sie, ausgesperrt, vom brutalen Unternehmer zum Hunger verurteilt waren, hatten sie doch noch gute Haare. Sie sangen bei der Arbeit das Liedchen: „So leben wir, so leben wir, so leben wir alle Tage —“. Ein Bauer mit drei Weiden und einer Gemeindefalle, die immer weniger wird, fand aber viel Wohlgefallen an dem Gesang. Er machte das ganze Dorf rebellisch, setzte eine Gemeindevorstellung an, während ich dort in Wollitur und stellte den Antrag, der arbeitlosen Bauarbeitern seine Arbeit aus Gemeindefällen zu verschaffen! Natürlich stimmten die anderen zu — es ging ja gegen die roten Frontkämpfer. Der Bauer hieß Weniger, und darum lagen die Proleten in Kössen: „Rot Front“, Herr Weniger.

### Frik Vogel oder Kirch!

Der Prolet muß sich alles gefallen lassen, überall wird er getreten und drangaliert. Das ist eine alte Tade, das war schon beim alten Frikchen so.

So denken die meisten Proleten der Bauarbeiter Köhlenwerke und finden sich damit ab. Wenn wirklich einmal einer den Rücken gerade macht, dann ist das leider ein Kommunist, und die sind im Weltteil selten (aber nicht!). Aber nicht nur bei der Arbeit, sondern auch beim Essen gibt es Vorgesetzte, die absolut diffamierende Gewalt über das Arbeitsspiel in der Grube haben. Da ist zum Beispiel der „Hausvater“, welcher die Kantine verwaltert, 3 Jährig benannt, welcher als Futtermeister der K. A. W. eine große Rolle spielt. Wenn ein Prolet das Mittagessen abbestellt, weil es ihm so gut schmeckt, dann schreibt der gute Mann: „Der Auswurf der Menschheit! kommt hierher nach dem Bauarbeiter Köhlenwerke, arbeitet einen Tag und hat wieder den Sad, und die Kantine hat das Nachsehen.“ Das Geld für das Mittagessen, wofürlich 3,50 Mk., wird abgezogen, der Prolet soll zum Essen gezwungen werden! Das wäre ja auch noch schöner, wenn sogar der Arbeiter noch mit dem Eise mädeln will! Wir haben jetzt wieder untern alten Hindenburg, und bei dem gab es früher (14-18) nur Reis, Graupen und Kohlrüben — Kohlrüben, Graupen und Reis. Frik Prolet! Frik! Majestät!

### Zalcher Weg auf Grube Ferdinand

Wie die Sabotage der Verhandlungsführer in den Kohlkämpfen die Kumpels auf verzehrte und die Arbeiterkraft lähmende Wege führt, zeigt sich auf unserer Grube:

Nachdem hier die Ausbeutung ihre Höchstgrenze erreicht hatte und früher verschiedene Kumpels das brotende Gelpst der Arbeitslosigkeit zogen und dem Eldorado der Auspomerung verweigert den Rücken gekehrt hatten, aber dadurch nichts besser wurde, waren einmütlich bessere Verhältnisse in bezug auf Organisation und einmütigen Widerstand gegen die Willkür der Kapitalistische Obersteiger R. u. u. und Steiger R. i. e. r. auf der Grube Ferdinand bei Sennewitz eingezogen. Im Frühjahr wurden nur freigelegte schaftliche Betriebsräte gewählt und der Schinderei ein Halt geboten.

Aber die Kumpels haben dann einfach wieder auf die Verhandlungen der Verhandlungsführer geschloß und darauf, daß nun sozulagen von selbst eine Besserung ihrer miserablen Lohnverhältnisse eintreten würde. Da diese Hoffnung sich als Illusion erwies, legte eine Bergwerkseinstimmung ein und die Zerrenheit unter der Belegschaft ist wieder da. Nun werden wieder Überstunden gehoben. Das Betriebsratsmitglied R. o. u. zum Beispiel hatte letzten Monats Schichten in einer Woche und die Schichtleiter S. e. i. b. e. und S. p. a. h. e. r. konnten bald gar nicht mehr nach Hause. Diese beiden Herren und ihre Anhänger h. i. i. b. e. h. e. r. arbeiteten auch am Berggrünstage der „Wolfsap“-Opfer. Scheiße äußerte sich, es würden noch alle Kommunisten erschossen werden.

Kameraden! Schluß mit dieser Stippst! Klärt die Kumpels auf, daß nicht durch Überstunden, sondern durch einmütigen Kampf unter Lebensbedingungen gebessert werden können. Nur wenn ihr in den freien Gewerkschaften selbst mitarbeitet und die Verhandlungen zu einer Interessenvertretung zwingt, erzeihen wir bessere Verhältnisse.

### Aufforderung

Wir ersuchen speziell die Arbeiterkorrespondenten der mitteldeutschen Salines-Gruben und Betriebe um Beiträge über die dortige Lage, damit im Zusammenhang mit dem Übertrag des Riebeck-Montan-A.-G. an die Babitzke-Mitlin- und Sabafabriken eine Gesamtübersicht gegeben werden kann.

# Arbeiter! Der Hohnspruch im Baugewerbe ist eine Provokation der gesamten Arbeiterklasse! Stärkt den Kampffonds der ausgesperrten Bauarbeiter!



# Der Kommunistische Gewerkschafter

Kampforgan für die Arbeit der Kommunisten in Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften

Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G. m. b. H., Berlin, Planufer 17.

im August 1925

Verantwortlicher Redakteur: Paul Metzler, Berlin, Rosenbäcker Straße 88.

## Die Anträge zum 12. Gewerkschaftskongreß.

Die „Gewerkschafts-Zeitung“ Nr. 29 vom 18. Juli 1925 veröffentlicht sämtliche von den verschiedenen örtlichen Verbände-Zahlstellen gestellten Anträge zum Gewerkschafts-Kongreß. Jedoch werden die Anträge nicht wörtlich, sondern meist sehr willkürlich gekürzt wiedergegeben bzw. einfach ihr Inhalt summarisch angegeben. Doch trotz dieser willkürlichen Zurechtstufung gibt die mehr als 16 Seiten umfassende Veröffentlichung der Anträge ein sehr lehrreiches Bild über die Einstellung der Mitgliedermassen und die im ADGB wirkenden Kräfte und Bestrebungen.

Zur Aenderung der Tagesordnung sind eine große Anzahl Anträge gestellt, die verlangen, als besondere Tagesordnungspunkte aufzustellen:

a) Herstellung der Gewerkschaftseinheit; b) Kampf um die Wiedereroberung des Achtstundentages; c) Stellungnahme zum Dawes-Plan und seine Auswirkungen; d) Die Kriegsgefahr und die praktischen Maßnahmen zu ihrer Beseitigung. Ein Beweis, daß die Masse der Gewerkschaftsmitglieder mit der vom Bundesvorstand aufgestellten Tagesordnung in der die wichtigsten Tages- und Lebensfragen des Proletariats unberücksichtigt gelassen werden, nicht einverstanden ist.

Die weitaus größte Anzahl von Anträgen beschäftigt sich mit dem Punkt 2: „Bericht des Bundesvorstandes“. Gleich der erste unter den veröffentlichten Anträgen, gestellt vom Metallarbeiterverband Essen, spricht dem Bundesvorstand Klipp und klar das Mißtrauen aus. 27 Anträge verlangen vom ADGB, den energischsten Kampf um den Achtstundentag, wobei neben einer ganzen Reihe von oppositionellen Anträgen besonders auffällig ist der Antrag des von den Reformisten beherrschten Metallarbeiterverbandes in Leipzig, in dem vom ADGB-Vorstand gefordert wird, endlich seine Versprechungen in die Tat umzusetzen, der Reichsregierung ein kurzfristiges Ultimatum zu stellen und im Falle der Ablehnung die gesamte Arbeiterklasse zum Kampfe aufzurufen.

Zum Kampf gegen den Zoll- und Steuerwucher verlangen eine Reihe von Anträgen (Metallarbeiterverband Berlin, Düsseldorf, Schuhmacherverband Naika und viele andere) schärfste Kampfmaßnahmen unter Einsatz der gesamten Macht der freien Gewerkschaften.

Das reformistische staatsbehaltende Programm findet seinen Niederschlag in einem ganz bezeichnenden Antrag, der von der Holzarbeiterverbands-Zahlstelle Höchst a. M. Wiesbaden Kaiserklautern und Siechen offensichtlich im Auftrag Tarnows gestellt wird. In dem ganz programmatisch ausgearbeiteten Antrag wird eingangs „festgestellt“, daß die heutige deutsche Republik der Arbeiterklasse die Mäßigkeit gibt, ihre Bedeutung und Stärke entsprechend ihre Interessen auf allen Gebieten der Gesehaebung wahrzunehmen. Wörtlich heißt es dann:

„Diese Tatsache schließt eine grundsätzliche Oppositionsstellung der organisierten Arbeiterklasse zum heutigen Staat in der Zukunft aus.“

Es wird dann gefordert, daß nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft die Demokratie Anwendung finden müsse. Zum Kampf um die „Demokratisierung der Wirtschaft“ werden fünf Punkte aufgestellt, deren ersten drei sich mit der

Erweiterung der Arbeiterrechte auf Grund von paritätischen Wirtschaftskammern befassen. Punkt 4 und 5 lauten:

„d) die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Erledigung aller öffentlichen, die Interessen der Arbeiter berührenden Fragen;

e) die Vertretung der Arbeiterrechte durch die Gewerkschaften in den politischen und gesetzgebenden Körperschaften.“ Zur Durchsetzung der Punkte d) und e) wird vom Bundesvorstand eine vorüberige Verständigung mit der Sozialdemokratischen Partei gefordert. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Der Kongreß erachtet die politische Neutralität der Gewerkschaften für aufgehoben und überläßt es dem Bundesvorstand und Bundesausschuß, eventuell auch dem nächsten Gewerkschaftskongreß, durch korporativen Anschluß der Gewerkschaften an die Partei (die SPD, natürlich) den politischen Einfluß der Gewerkschaften zu stärken. . . .“

Dieser Antrag, der eigentlich unter Punkt 5: „Wirtschafts-demokratie“ fällt und der vermutlich auf dem Gewerkschaftskongreß eine sehr große Rolle spielen wird, zeigt mit unerblicklicher Offenheit, wohin die Reihe der reformistischen Bürokratie gehen soll. In denselben Rahmen beugt sich ein Antrag vom Bekleidungsarbeiter-Verband Pulkwitz i. Sa.

Dem reformistischen Antrag stellt der vom Bauergewerksbund Hamburg, Schuhmacherverband Stuttgart, Weiskensfeld, Berlin und Metallarbeiterverband Limbach gestellte Antrag das revolutionäre Gewerkschaftsprogramm, wie es die Kommunisten aufstellen, gegenüber.

Eine Reihe von Anträgen verlangt schärfsten Kampf gegen die Kriegsgefahr und imperialistische Rüstungen, wobei besonders bemerkenswert ist der Eisenbahnerantrag von Lörrach, der von allen Gewerkschaftsmitgliedern verlangt, den Export und Durchtransport von Truppen und Kriegsmaterial im Reichsgebiet zu verhindern.

Zur Frage der Herstellung der Gewerkschaftseinheit haben 55 Zahlstellen aus allen Gebieten und Industriezweigen Anträge gestellt in denen zum weitaus größten Teil kategorisch die Verschmelzung der roten Gewerkschaftsinternationale mit dem IGB und das enge Bündnis mit dem Proletariat Sowjetrußlands verlangt wird. Gleichzeitig wird in den meisten Anträgen die gegen die Kommunisten gerichtete Spaltung und Ausschlußpolitik der Gewerkschaftsbürokratie aufs schärfste verurteilt und die Wiederaufnahme aller Ausgeschlossenen verlangt. Zur Frage der Entsendung von einer Delegation des ADGB nach Sowjetrußland ist vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband Essen ein Antrag gestellt worden, der offensichtlich aus der Zentralfäche der reformistischen Oberbehörde stammt, denn es wird in dem Antrag zwar die Entsendung einer Studienkommission nach Sowjetrußland verlangt, aber dabei ausdrücklich gefordert, „daß die Sowjetbehörden den von der Studienkommission bestimmten Dolmetschern freie Einreiseerlaubnis geben.“

Da die Sowjetbehörde bei den englischen und allen übrigen Gewerkschafts-Delegationen ohne weiteres den von den betreffenden Delegationen selbst bestimmten Dolmetschern nicht nur Einreiseerlaubnis gab, sondern sie in weltgebendster Nähe unterstützte, konnten die deutschen Reformisten über diese

Frage gar nicht im Zweifel sein, wenn sie nicht besondere Absichten dabei verfolgen würden. Sie wollen nämlich weißgardistische und menschenwärtliche Konterrevolutionäre auf diesem Wege nach Sowjetrußland hineinbringen, um nach dem System Kautskys konterrevolutionäre Aufstände in Sowjetrußland organisieren zu können. Mit diesem System „internationaler Verständigung“ werden die deutschen Bürokraten bei den Russen allerdings kein Glück haben.

Zur Betriebsrätefrage ist von reformistischer Seite gar kein Antrag gestellt worden, während eine Reihe von Zahlstellen mit revolutionärer Mehrheit einen gut ausgearbeiteten programmatischen Antrag für revolutionäre Betriebsrätearbeit gestellt haben.

Genau so ist es zur Frage des Schlichtungswesens. Obwohl sich das Schlichtungswesen immer mehr zu einem generellen Streikverbot entwickelt, wollen offensichtlich weder der ADGB-Vorstand noch die Reformisten im ganzen Reich diese Frage auf dem Gewerkschaftskongreß behandeln. Demgegenüber wurde vom Metallarbeiterverband Suhl, Schuhmacherverband Göppingen, den Lithographen Mannheims und den Zimmerern Münchens dazu ein gründlich ausgearbeiteter Antrag gestellt, in dem prinzipiell verlangt wird, daß die gesamte Taktik und Strategie der Gewerkschaften bei Lohn- und Arbeitszeitleistungen nicht auf dem Schlichtungsschwindel aufgebaut und durchgeführt werden, sondern auf der Grundlage des rücksichtslosen Klassenkampfes. Verbindlichkeitsserkürungen sollen grundsätzlich von den Gewerkschaften nicht anerkannt werden, wenn sie Verschlechterungen für das Proletariat bedeuten.

Zur Jugendfrage sind eine Reihe von Anträgen gestellt, bei denen die Reformisten das Hauptgewicht auf Neuregelung des Lehrlingswesens unter Aufsicht und Kontrolle von paritätischen Kommissionen legen, während die oppositionell eingestellten Anträge sich dafür einsetzen, daß das Lehrlingswesen von den Gewerkschaften selbst und durch Tarifverträge geregelt wird.

Wie reaktionär die Genossenschaften geleitet sind, geht daraus hervor, daß sich alle Anträge, auch die der reformistischen Zahlstellen, die zur Genossenschaftsfrage gestellt sind, gegen die Politik der Genossenschaftsbürokratie und vor allem gegen deren Mitteliebenschaft in Arbeitgeberverbänden wenden.

Zu Punkt 3 „Sozialpolitik“ sind eine große Anzahl von Anträgen gestellt, die sich alle in der Richtung der Erweiterung der Arbeiterrechte und Ausbau der Sozialfürsorge bewegen.

Zu Punkt 4 „Organisationsfragen“ sind die schon in der letzten Nummer des RG. behandelten drei Anträge, des Bundesvorstandes, von D i h m a n n und Genossen und von T a r n o w, B r e y und Genossen, veröffentlicht. Eine große Anzahl von Zahlstellen hat den von der kommunistischen Fraktion auf dem Kongreß 1922 gestellten Antrag zur Schaffung von Industrieverbänden erneut aufgenommen. Dieser Antrag steht dem Antrag D i h m a n n in bezug auf den organisatorischen Aufbau sehr nahe, unterscheidet sich aber von dem Antrag D i h m a n n wie von den übrigen vor allem darin, daß er für alle ADGB-Verbände gewisse Zwangsbestimmungen vorschreibt für den Fall, daß der Industrieverband auf dem Kongreß, wie auch durch eine Abstimmung der Gesamt-ADGB-Mitglieder angenommen wird.

Bezeichnend ist, daß zu Punkt 5 „Wirtschaftsdemokratie“, der sich mit großer Wahrscheinlichkeit zum wichtigsten Tagesordnungspunkt des Kongresses auswachsen wird, nur ein einziger und dabei sehr unklarer Antrag gestellt wurde. Ein Beweis dafür, daß die oberste ADGB-Bürokratie den Kongreß überrumpeln will, wie sie auch bis heute noch nicht offen und klar dargelegt hat, welche konterrevolutionären Pläne sie damit verfolgt.

Ueber die vielen Anträge zur Änderung der Bundesfassung wollen wir hinweggehen und nur zum Schluß erwähnen, daß zu Punkt 8 „Sonstige Anträge“ allein 22 Anträge gestellt wurden, die die Vollamnestie und Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen, sowie den korporativen Anschluß der Gewerkschaften an die „Rote Hilfe“ verlangen.

Die große Anzahl von Anträgen zeigt, daß in den Gewerkschaften trotz aller lähmenden Einflüsse der reformistischen Bürokratie ein lebendiger Geist pulsiert. Die Mehrzahl der Anträge werden aber auf dem Kongreß von den Reformisten sang- und klanglos begraben werden, wenn nicht die gesamten Gewerkschaftsmitglieder durch ihr aktives Auftreten den Kongreß unter Druck setzen und ihn zwingen, sich mit dem Willen und Bestreben der Mitglieder massen ernsthaft zu beschäftigen. Darum gilt es für alle Gewerkschafter und besonders für unsere Genossen, die nächsten Wochen bis zum Stattfinden des Kongresses noch zu lebhafter Agitation und Propaganda, zur Mobilisierung der Massen auszunutzen.

## Praktische Lohnpolitik.

Von Lucifer.

I.

Als in den Jahren 1922 und 1923 die fortschreitende Geldentwertung in Deutschland ihren tollsten Fortschritt aufwies, so daß zuletzt schon innerhalb einer Stunde die Preise ins Ungemessene stiegen und das Geld keinen brauchbaren Maßstab mehr abgab, da machte sich den Arbeitern das Bedürfnis nach einem objektiven Maßstab für die tatsächliche Höhe des Arbeitslohns dringend fühlbar. Es bedarf keiner Ausführung, wie nützlich ein solcher für alle praktische Gewerkschaftsarbeit gewesen wäre. Die Vergleiche zwischen der Steigerung der Lebenshaltungskosten und der Steigerung der Geldlöhne — der damals so beliebte Index — kamen viel zu spät. Man konnte sie ja stets erst hinterher anstellen, und bis man die hiernach erforderliche Lohnerhöhung auch nur errechnet und formuliert, geschweige denn bis man sie durchgeführt hatte, waren die Preise schon weiter gestiegen. Damals verfielen die Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaften auf die Idee, es müsse möglich sein, zwischen dem Verkaufspreis einer Ware und der für ihre eigene Produktion gezahlten Lohnsumme ein „angemessenes“ Verhältnis zu ermitteln. Wenn es dann gelang, gesetzlich festzulegen, daß mit jedem Steigen des Verkaufspreises der Lohn ohne weiteres mitzusteigen habe, dann schien die Aufgabe gelöst.

Zur praktischen Erprobung kam es nicht, weil wir seit Dezember 1923 aus der rapiden wieder in die schlechteste Inflation zurückgefallen sind, bei welcher die Geldentwertung nicht so augenfällig vor sich geht und deshalb den Volksmassen längere Zeit verborgen bleibt.

Inzwischen sind nun über die tatsächliche Gestaltung des Lohnanteils am Produktpreis einige — wenn auch noch sehr wenige — statistische Ermittlungen gemacht worden. Es ist deshalb anzunehmen, daß die Sache demnächst von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern wieder diskutiert werden wird. Denn schon vor einem Jahr ist in der „Gewerkschaftszeitung“ des ADGB. klipp und klar als eigentliches Ziel der Gewerkschaftsarbeit bezeichnet worden: die Herstellung bzw. Wiederherstellung eines „vernünftigen Verhältnisses“ zwischen Warenpreis und Lohnanteil.

Es ist natürlich ganz richtig, wenn in demselben Artikel — Verfasser ist der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes Fröh-Tarnow — gesagt wird: „Im Verhältnis des Lohnanteils zum Warenpreis drückt sich die Kaufkraft des Lohnes aus.“ (Natürlich gilt das nur, wenn man die Gesamtheit der Löhne eines Landes der Gesamtheit der Warenpreise gegenüberstellt, aber nicht etwa innerhalb jedes einzelnen Industriezweiges. Die reale Kaufkraft des Lohnes wird ausgedrückt durch das Verhältnis zwischen dem Geldlohn und den Preisen des Lebensunterhalts, aber nicht etwa zum Beispiel durch das Verhältnis zwischen dem Lohn eines Maschinenschlossers und dem Verkaufspreis der Lokomotive, an der er mitarbeitet, da er ja niemals eine solche Lokomotive kauft. Nimmt man indeffen die gesamte Produktion eines Landes und die Gesamtsumme aller Löhne, so gleicht sich das aus, weil fast sämtliche Waren — mit Ausnahme ganz weniger Luxusartikel — auf den Preis des Lebensunterhalts einwirken. Gerade bei der Lokomotive ist der Zusammenhang ganz deutlich: ihr Preis wirkt mit bei der Höhe der Frachttaxe, diese bei der Höhe der Lebensmittelpreise.) Aber dann fährt Tarnow fort:

„Je höher der Lohnanteil im Preise ist, je geringer die anderen Faktoren bei der Preisbildung sind, um so höher ist nicht nur der reale Lohn der Arbeiter, sondern um so gesünder ist auch die Wirtschaft.“

Und er folgert daraus, daß es die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik sei, die Differenz zwischen Löhnen und Warenpreisen auf das geringstmögliche Maß zu verringern.

Die jetzt über den Gegenstand veröffentlichten Zahlen zeigen nun in der Tat von 1923 auf 1924 eine Zunahme des Lohnanteils. Zwar hat er in den meisten Branchen noch nicht die Höhe von 1914 erreicht, aber 1924 war er doch höher als 1923. Die vom Verlag der „Frankfurter Zig.“ herausgegebene „Wirtschaftskarte“ hat seit Anfang 1923 den Versuch gemacht, zuverlässiges Tatsachenmaterial über die Frage zu sammeln. Allerdings hat sie nur ganz wenige Beiträge zusammenzubringen vermocht, denn die Unternehmer hüten ihre Kalkulationen als heiligstes Geschäftsgeheimnis, und wer in diese keinen Einblick hat, kann schwerlich wissen, wieweit Arbeitslohn für irgendeine bestimmte Ware gezahlt worden ist. Schon aus diesem Grunde ist es unzulässig, aus den spärlichen Angaben allgemeine Schlüsse zu ziehen. Aber in prinzipieller Hinsicht lohnt es trotzdem, die Ziffern einer kurzen Prüfung zu unterziehen. (Schluß folgt)

# Wirtschaftsdemokratie.

Von Paul Merker.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer sind in eine Sackgasse geraten. Ihre reformistischen Methoden genügen nicht mehr, auch nur geringe Vorteile an Lohn und sonstigen sozialen Rechten den Arbeitern für längere Zeit zu sichern. Die Ausdehnung und die Identifizierung der Produktionsmittel bedingen eine sehr fühlbare Verengung der Produktionsbasis, die sich in der chronischen Krise der kapitalistischen Wirtschaft zeigt. Konzessionen an die Lohnflaven können deshalb nur durch schärfsten revolutionären Kampf der zu mächtigen Organisationen zusammengeballten Arbeitermassen von den Kapitalisten erzwungen werden. Die imperialistische Etappe der kapitalistischen Wirtschaft erfordert revolutionäre Kampfsmethoden von Seiten der Gewerkschaftsorganisationen, oder aber die Arbeiterschaft und mit ihr die Massen der Beamten, Kleinbauern und Kleinbürger werden in fürchterlichstem Elend versinken und einst erneut zu Millionen geopfert werden, um der nationalen Kapitalistenbande den „Platz an der Sonne“ im Rahmen der internationalen kapitalistischen Wirtschaft zu sichern.

Die Reformisten sehen klar vor sich den Bankrott ihrer bisherigen Politik. Sträflicher Optimismus wäre es jedoch, von ihnen zu erwarten, daß sie richtige Konsequenzen aus ihrem eigenen ideologischen Bankrott ziehen würden. Denn dann müßten sie für den Kampf der Arbeiterklasse sein, den sie seit Jahr und Tag sabotieren. Sie müßten einmütig für den Umbau der Gewerkschaftsorganisationen zu Industrieföderationen, für die Zusammenfassung der Betriebsräte örtlich nach Industrien und nach den maßgeblichen Konzernen sein. Die engste Verbindung zwischen Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften müßte hergestellt werden, um durch Stärkung beider Organisationen und Ausnutzung derselben zur Führung und materiellen Unterstützung der Massenkämpfe gegenüber der Kapitalismacht die Macht der Arbeiterklasse zu stärken und zu festigen.

Das alles liegt nicht im Sinne der reformistischen Führer, sondern sie suchen nach neuen Methoden, um auch weiterhin die Arbeiter irrezuführen und den Kapitalismus im eigenen Lande oder den zusammengeschlossenen Ländergruppen zu sichern und zu festigen.

Wirtschaftsdemokratie ist ihr neuestes Schlagwort, um dieses Ziel zu erreichen. Auf dem kommenden ADOV-Kongreß wird diese Frage als wichtigster Verhandlungspunkt eine große Rolle spielen. Näckel vom Textilarbeiterverband wird dazu referieren.

Was die Reformisten unter Wirtschaftsdemokratie verstehen, zeigt ein offizieller Artikel in der „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 2 vom 10. Januar 1925. Dort heißt es u. a.:

„Theoretisch war unsere (des ADOV) Formel: Kapitalismus, Imperialismus, Weltkrieg, Revolution, Sozialismus, glänzend und einleuchtend, geeignet, die Arbeitermassen zu begeistern, praktisch führte sie zur Enttäuschung. Weniger Theorie, mehr Praxis, muß es heute heißen. Praktische Erweiterung unserer Wirtschaftsmacht... sind die von den Gewerkschaften in nächster Zukunft zu lösenden Probleme.“

Diese Auffassung wird durch folgende konkrete Maßnahmen in dem Artikel skizziert. Es heißt da:

„Die Gewerkschaften sind dem ursprünglich ungewiesenen Betätigungsgebiet — Lohn- und Arbeitszeit — entwachsen. Das Aufgabengebiet der Gewerkschaften erstreckt sich auf alle Gebiete wirtschaftlichen wie politischen Lebens. Dabei bilden auf wirtschaftlichem Gebiet die Fragen der Produktion die wichtigste Rolle.“

Eines der wichtigsten Probleme für die Arbeiterbewegung bildet die Frage der Erwerbung von Sachgütern, sowie die mehr oder minder direkte Ausübung der Güterproduktion durch die Gewerkschaften selbst.“

Das Betätigungsfeld der Gewerkschaften soll ausgedehnt werden auf den Aufbau eigener moderner Produktionsstätten und Beteiligung an solchen, die sich in Händen von kapitalistischen Gesellschaften befinden, durch Aus-

nutzung des sogenannten Arbeiterkapitals. Im Konkurrenzkampf auf industriellem Gebiet sollen die Kapitalisten zum Verzicht auf ihre autoritative Stellung in der „Wirtschaft und zur Anerkennung der Wirtschaftsdemokratie“ gezwungen werden. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 16. Mai 1925 sieht die Entwicklung wie folgt:

„Sich das Kapital dienstbar zu machen, heißt seine Wirtschaft von der Preisdiktatur des Bank- und Industriefapitals unabhängig zu machen, heißt, sich von den Fesseln der kapitalistischen Produktionsweise zu befreien.“

Wirtschaftsparlamente im Reich und in den Ländern, die als Basis haben die zwischen Betriebsräten und Unternehmern zu bildenden Arbeitsgemeinschaften im Betrieb und die zwischen Arbeiter- und Unternehmern Organisationen bestehenden Arbeitsgemeinschaften sollen die Organe der Wirtschaftsdemokratie sein.

Die Einstellung der Gewerkschaften auf diese Ziele bedeutet Schluß mit jedem Klassenkampf, Einflüchtung der

## Herstellung der Gewerkschaftseinheit ist der beste Kampf gegen die Kriegsgefahr!

Arbeitergewerkschaften in den Rahmen des kapitalistischen Staates als Organe des Wiederaufbaus der kapitalistischen Wirtschaft. Gemeinsamer Wiederaufbau der sich in einer chronischen Krise befindlichen nationalistisch-imperialistischen Kapitalsherrschaft zu Lasten der wehrlosen, durch diese Politik ihrer Kampforganisationen beraubten Arbeiter.

Marx, Engels und Lenin haben die jetzt von den reformistischen Gewerkschaftsführern vertretenen Gedankengänge vor Jahren bereits als illusionär und Utopien entlarvt. Sie bedeuten tatsächlich einen Rückfall in alte, bereits überwundene Kinderkrankheiten der gewerkschaftlichen Organisationsform. Wir sind uns darum vollkommen im Klaren, daß die Gewerkschaften bei dem Versuch der praktischen Anwendung dieser Ideologie keinen wesentlichen Schritt auf dieser Linie vorwärts kommen werden. Aber bereits die Propagierung dieser Auffassungen und die Behandlung derselben auf dem ADOV-Kongreß bedeuten das offene brutale Eingeständnis, daß die reformistischen Führer bereit sind, im Interesse des nationalen Kapitals alle Bande der internationalen Orientierung und der internationalen Solidarität zwischen den Arbeiterorganisationen aller Länder zu zerreißen. Denn die materielle Interessierung der Gewerkschaften und die ideologische Bindung der Arbeiter an die kapitalistische Wirtschaft durch die Propagierung einer sogenannten Wirtschaftsdemokratie im kapitalistischen Staate bringt die Arbeiterklasse an die Seite der im schärfsten Konkurrenzkampf mit anderen Ländern sich befindenden kapitalistischen Länder. Da dieser Konkurrenzkampf eines Tages die Form eines zweiten Weltkrieges annehmen muß, um die gewaltsame Neuverteilung der Rohstoffe, Absatz- und Potentialgebiete durchzuführen, so müssen die Gewerkschaften, die in Teilen der nationalen kapitalistischen Wirtschaft geworden sind, auch zu Organen des imperialistischen Krieges werden, an dessen strengem Ausgang für die nationale Bourgeoisie sie materiell interessiert sind.

Die Arbeitermassen werden gut tun, die Entwicklung der Dinge in den freien Gewerkschaften scharf zu verfolgen und, gestützt auf die marxistischen Grundsätze, den schärfsten Kampf gegen die Auslieferung der Massenkampforganisationen der Arbeiterklasse an das Unternehmertum und an den kapitalistischen Staat zu führen. Die Kommunisten werden als Vertreter des orthodoxen revolutionären Marxismus und als Anhänger Lenins an der Spitze dieses Kampfes stehen.

## Die Stellungnahme zur Teno.

Die Teno ist bekanntlich ein Kind der Arbeitsgemeinschaftspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit dem Unternehmertum. Sie ist im Vette der Arbeitsgemeinschaft gezeugt worden und unter tätiger Mithilfe sozialdemokratischer Minister zur Welt gebracht worden. Jetzt ist dieses Kind den Gewerkschaftsführern etwas unangenehm. Die Gewerkschaftsführer betrachten nämlich die Lage des Kapitalismus in Deutschland als soweit stabilisiert, daß man die Vorkriegszustände auf dem Gebiete der Gewerkschaftspolitik, deren Wesen darin besteht, daß man in erster Linie auf dem Wege von Verhandlungen und Schiedssprüchen und hier und da auch einmal mit Streiks und Aussperrungen die Festsetzung der Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen durchführt. Sie rechnen damit, daß das jetzt alles wie vor dem Kriege auf dem Wege einer relativ gemäßigten und friedlichen Gewerkschaftspolitik geht, die jedenfalls die Grundlagen der kapitalistischen Herrschaft

der Schöpfung der Arbeiterkraft, auch die Standgerichte, auch der Belagerungszustand und alles, was die Bourgeoisie zur Eroberung jeder revolutionären Bewegung des Proletariats für notwendig hielt. Diese Ausführungen sind ein ganz typischer Ausdruck des Geistes der Arbeitsgemeinschaftspolitik. Sie zeigen besonders klar, daß der Geist der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum nach wie vor die Führer des ADGB beherrscht, trotzdem die formelle Arbeitsgemeinschaft mit der Unternehmerorganisationen nicht mehr besteht.

Der Leipziger Gewerkschaftstongress hat bekanntlich eine Resolution gegen die Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmerorganisationen angenommen. Die Führer des ADGB haben sich niemals an diese Resolution der höchsten Instanz des ADGB gebunden gefühlt und niemals danach gehandelt. Wenn der im August stattfindende Gewerkschaftstongress auch nur etwas auf sich halten will, dann wird er über diese Sabotage eines Beschlusses des Leipziger Gewerkschaftstongresses durch die Führer des ADGB Rechenschaft halten müssen. Dabei müßte diese Stellungnahme der Führer des ADGB gegenüber der Teno als trasser Ausfluß des Geistes der Arbeitsgemeinschaftspolitik eine wichtige Rolle spielen.

## Ubt Solidarität mit den kämpfenden Bauarbeitern!

*Sammelt in allen Betrieben und Werkstätten! Schnelle Hilfe ist die wirksamste Hilfe!*

nicht ernsthaft bedroht. Bei dieser Perspektive betrachten die Gewerkschaftsführer die Teno als ein Element, das die Massen beunruhigt und welches deshalb die Durchführung einer rubigen, reformistischen Gewerkschaftspolitik erschwert.

Deshalb, und nicht etwa aus grundsätzlicher Gegnerschaft gegen die Streikbrecherorganisation, genannt Technische Nothilfe, haben die Vorstände der drei großen Gewerkschaftsrichtungen (Freie Gewerkschaften, Christlich-Nationale und Hirsch-Dunersche) Ende April einen Vorstoß gegen die Technische Nothilfe gemacht. Sie haben an die Reichsregierung und die Fraktionen des Reichstages ein gemeinsames Schreiben gerichtet, in welchem sie die Ausschöpfung der Teno im Jahre 1926 verlangen. Die Begründung, die die Gewerkschaftsführer für diese Forderung in diesem Schreiben geben, zeigt deutlich, daß sie die Teno nicht grundsätzlich ablehnen und gegen sie kämpfen wollen, sondern, daß sie diese Einrichtung nur als zeitlich überholt betrachten und deshalb leht aus Zweckmäßigkeitsgründen ihre Beseitigung fordern. In dem Schreiben heißt es wörtlich folgendermaßen:

„Die Voraussetzungen, die zur Errichtung der Technischen Nothilfe führten, erachten die Gewerkschaften nicht mehr für gegeben. Insbesondere ist seit dem Eintritt stabilerer Wirtschaftszustände eine wesentliche Beruhigung unter der arbeitenden Bevölkerung eingetreten. Die tiefgehenden seelischen Erschütterungen weiter Volkskreise, als Folgeerscheinungen des verlorenen Weltkrieges, sind ebenfalls überwunden, und damit ist die Gefahr der Stilllegung lebenswichtiger Betriebe durch politisch radikalisierte Volksteile fast unmöglich geworden. Die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit in den letzten Jahren hat dazu beigetragen, daß die Arbeiter im Falle eines Streiks die Notarbeiten selbst ausführen. In den gewerkschaftlichen Satzungen sind für den Fall eines Streiks in gemeinnützigen Betrieben, d. h. solchen, die für die Lebensmäßigkeit der Bevölkerung notwendig sind, Sicherungen für die Fortführung der Notarbeiten getroffen, die bereits Gemeingut der Gewerkschaftsmitglieder geworden sind.“

Diese Ausführungen in einem vom ADGB unterschriebenen Dokument muß jeder staunend betrachtete Arbeiter als einen Skandal empfinden. Denn sie enthalten aus neue ein Bekenntnis für die Notwendigkeit der Teno in den Zeiten einer schweren Erschütterung der kapitalistischen Herrschaft. Mit denselben Argumenten wurde in den Jahren unmittelbar nach dem Weltkriege nicht nur die Teno geschaffen, sondern auch die wichtigsten weißen Garben unter der Führung Rosses zur Re-

Aber das ist nur die eine Seite der Frage. Die andere Seite ist der wirkliche Kampf gegen die Teno.

Daß die Teno selbst durchaus nicht daran denkt, sich selbst aufzugeben, das zeigt ihre intensive Tätigkeit, die sie auch in den letzten Monaten entfaltet hat. Da sie so gut wie gar keine Gelegenheit hatte, in den sogenannten lebenswichtigen Betrieben einzugreifen, hat sie in steigendem Maße bei Streiks eingegriffen, bei welchen es sich beim besten Willen nicht um sogenannten lebenswichtigen Betriebe handelte. So hat sie z. B. im März d. J. bei dem Streik der bayerischen Brauerei-Arbeiter Streikbrecherdienste geleistet, ebenso bei dem Streik der Arbeiter in den Lederfabriken des Frankfurter Gebietes usw. Um sich in der Öffentlichkeit populär zu machen, hat die Teno in den letzten Monaten auch bei Bränden und Ueberflutungen in steigendem Maße eingegriffen. Daß auch die Regierung nicht daran denkt, die Teno zu beseitigen oder auch nur abzubauen, geht daraus hervor, daß sie im Reichsetat für das Jahr 1925 für die Teno 3 687 000 Mark angefordert hat. Das sind 367 000 Mark mehr als im Vorjahre. Und daß das Unternehmertum erst recht nicht an eine Beseitigung der Teno denkt, das liegt so klar auf der Hand, daß es nicht lohnt, weiter darüber zu sprechen. Die deutsche Bourgeoisie ist zwar sehr erlaut über die friedliche Gewerkschaftspolitik der sozialdemokratischen Führer, sie traut wohl diesen Führern, aber sie traut nicht dem Proletariat als Klasse. Sie rechnet mit der Gefahr für sie, daß die Massen eines Tages auch wieder über die Köpfe der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer hinweg den Kampf um ihre Existenz und die Ueberwindung des Kapitalismus in breiterer Front aufnehmen. Deshalb will sie das Kampfinstrument der Streikbrecherorganisation, genannt Teno, weiter hüten und pflegen.

Es ist klar, daß angesichts dieser Lage das Schreiben der Gewerkschaftsführer an die Reichsregierung und die Parteien des Reichstages vollkommen erfolglos bleiben muß. Ganz abgesehen davon, daß die Forderungen dieses Schreibens, welches der Teno noch bis zum Jahre 1926 die Existenzberechtigung zuspricht, vollkommen ungenügend sind, so würde es, auch wenn sein Inhalt ein anderer wäre, keinerlei praktische Bedeutung haben, wenn es nicht als Auftakt zur Mobilisierung der Massen zum Kampf gegen die Teno betrachtet wird. Daß dies auch bei den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern nicht der Fall ist, zeigt der ganze Charakter und Inhalt des Schreibens deutlich genug.

Der kommende Gewerkschaftstongress müßte sich, wenn er wirklich auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehen will, auch mit dieser Seite der Frage beschäftigen. Sein Beschluß könnte vom Gesichtspunkt des proletarischen Klassenkampfes aus nicht anders lauten, als grundsätzlicher Kampf gegen die Teno, Mobilisierung der Massen zum Kampf für die Beseitigung der Teno, im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik, für den Achtstundentag und für eine wesentliche Erhöhung der Löhne.

Die Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften aber tun gut, wenn sie sich nicht darauf verlassen, daß die Mehrheit des bevorstehenden Gewerkschaftstongresses auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes steht. Sie müssen schon jetzt überall zu dem standhaften Schreiben des ADGB über die Teno Stellung nehmen und dabei ihre Forderung nach einem grundsätzlichen Kampf gegen die Teno erheben. R.